Bayern

Initiative für dezentrale Energiezukunft

[20.02.2018] Eine Allianz bayerischer Stadtwerke und des Verbands BUND Naturschutz in Bayern fordert die Politik auf, für eine dezentrale Energiewende aktiv zu werden und den Pariser Klimavertrag zur verbindlichen Richtschnur der deutschen Energiepolitik zu machen.

Die Energiezukunft für Deutschland muss mit regionalen und dezentralen Konzepten geplant werden. Klimaschutz benötigt klar ambitionierte und klar definierte Ziele für die Reduktion der Treibhausgase in den Sektoren Strom, Wärme, Verkehr und Landwirtschaft. Mit diesen Forderungen wenden sich sechs bayerische Versorgungsunternehmen (Stadtwerke Haßfurt, Neuburg an der Donau, Wunsiedel und Rosenheim sowie die Nürnberger N-ERGIE und die Unterfränkische Überlandzentrale) gemeinsam mit dem BUND Naturschutz in Bayern an die kommende Bundesregierung.
Eine möglichst dezentrale und verbrauchsnahe Energieversorgung mit Strom hätte deutliche Vorteile, heißt es in dem Papier. Die regionale Wertschöpfung werde gestärkt, der Ausbaubedarf für Übertragungsnetze reduziert, Energieverluste minimiert und die Versorgungssicherheit durch ein robusteres System verbessert. Ein dezentrales Energiesystem könne effizienter und kostengünstiger sein. Zudem werde die Möglichkeit der Beteiligung, Teilhabe und Mitwirkung der Bevölkerung vor Ort, insbesondere durch Kommunen und ihre Stadtwerke sowie Bürgerbeteiligungen gestärkt.
N-ERGIE-Chef Josef Hasler und Hubert Weiger, Vorsitzender des BUND Naturschutz in Bayern, erklären mit Blick auf den Koalitionsvertrag zwischen CDU/CSU und SPD: „Die Große Koalition muss den Pariser Klimavertrag zur verbindlichen Richtschnur der deutschen Energiepolitik festlegen. Eine halbherzige Politik, die an der Stromerzeugung mit Kohle festhält und in den Sektoren Wärme und Verkehr die Potenziale nicht nutzen will, führt zum Versagen beim Klimaschutz. Wir fordern von der neuen Bundesregierung, für den Klimaschutz und für eine dezentrale Energiewende aktiv zu werden.“

(al)

4-Punkte-Papier „Forderungen für den Klimaschutz an die neue Bundesregierung“

Stichwörter: Politik, N-ERGIE, Bund